

[www.mittelhessen.de](http://www.mittelhessen.de)

# Hinterländer Anzeiger

## Ausschuss aller Fraktionen soll Freizeitzentrum prüfen

**28.06.2007**

**(bün). Ein gemeinsamer Ausschuss aller Parteien und Wählergemeinschaften soll das Freizeitzentrum auf der Sackpfeife betriebswirtschaftlich analysieren. Darauf haben sich die Vertreter der Fraktionen im Haupt- und Finanzausschuss am Dienstagabend verständigt. In der heutigen Sitzung wollen die Stadtverordneten den Ausschuss einsetzen und mit einem klaren Arbeitsauftrag versehen.**

Biedenkopf. Am Ende einer längeren Diskussion kristallisierte sich heraus: Alle Parteien sollen in dem Ausschuss vertreten sein, also auch die FDP, deren zwei Abgeordnete keinen Fraktionsstatus besitzen. Das Gremium soll nicht nach dem Mehrheitsverhältnis besetzt sein, das in der Biedenkopfer Stadtverordnetenversammlung herrscht. Das heißt: Alle Gruppen sind mit jeweils zwei Vertretern dabei. Der Vorsitz des Gremiums wechselt reihum.

Strittig war im Gespräch zunächst, wie geheim der Ausschuss sein soll. Heinz Olbert (Bürgerblock) setzte sich sehr dafür ein, dass auch die übrigen Fraktionsmitglieder über die Erkenntnisse des Ausschusses informiert werden dürfen. Andernfalls könne von Transparenz immer noch keine Rede sein. Man könne auch nicht von einer Fraktion verlangen, dass sie nach der Arbeit des Gremiums die Entscheidungen einiger Geheimnisträger mitbringe, ohne vorher detailliert informiert worden zu sein.

Uneinig waren sich die Teilnehmer des Haupt- und Finanzausschusses jedoch bis zuletzt, wie detailliert die Zahlen über das Freizeitzentrum sein sollen. Bürgermeister Karl-Hermann Bolldorf (CDU) versprach, er werde das Material bis Ende kommender Woche fertig haben. Dies sei aber gar nicht so einfach, da man Ausgaben wie die Wirtschaftsprüfung und Telefonkosten erst auf die einzelnen Bereiche der Stadtentwicklungsgesellschaft (STEG) verteilen müsse. SPD will mehr Offenheit "Wichtig ist für mich, dass die Dinge weit offen gelegt werden", unterstrich Olbert. Man müsse schon über die größten Kostenfaktoren, die Personalkosten und Fehlentscheidungen der Vergangenheit Bescheid wissen, um ein zukunftsfähiges Konzept zu erarbeiten. Und auch Ulrich Meyer (SPD) betonte: "Ich bin für Offenheit." Natürlich berge das immer die Gefahr, dass trotz Verschwiegenheit Dinge nach außen dringen könnten, aber: "Wenn man nichts zu verbergen hat, kann man das Risiko eingehen."

Bolldorf machte deutlich, dass seine Bereitschaft, Zahlen auf den Tisch zu legen, ihre Grenzen habe. Allein schon aus rechtlichen Gründen sei er hier zurückhaltend. Zudem werde er "den Teufel tun" und den genauen Verdienst einzelner Personen - gemeint war der CDU-Stadtverbandsvorsitzende Lothar Kraft - angeben. Denn solche Daten würden im Wahlkampf missbraucht, prognostizierte er.

Es sei nicht Intention der SPD, Personen zu schaden, hielt Meyer dagegen. Trotzdem müsse man Bescheid wissen über den Betrieb, um ein gutes Konzept zu entwickeln. "Bis jetzt kommt es mir so vor, als sei alles zusammengestückelt." Diese Aussage wollte Bolldorf so nicht im Raum stehen lassen. Über die Brauchbarkeit des momentanen Konzepts könne man durchaus streiten. Es gehe aber nicht an, den handelnden Personen Konzeptionslosigkeit zu unterstellen. Sie hätten sich nämlich durchaus etwas gedacht. Sterben wird teurer. Noch weitere Themen stehen heute ab 18.30 Uhr im Rathaus auf der Tagesordnung der Stadtverordneten. Sie haben darüber zu entscheiden, ob die Gebühren auf den Friedhöfen steigen sollen. Zudem braucht die STEG einen Zuschuss von 75 000, um die Verluste im vergangenen Jahr auszugleichen. Andernfalls droht Insolvenz.